

ungen geübt, mögen sie sich diesmal erfüllen. Der Bericht der Bankiers war eine Rechtfertigung des deutschen Standpunktes, indem er klipp und klar die Unmöglichkeit der Erfüllung der Reparationsverpflichtungen feststellte. Die Pariser Zeitungen sprechen deshalb auch zum Teil von einem moralischen Siege Deutschlands.

Amstien ist die Frage der Zwangsanleihe als ein Beweis unseres guten Willens von der Regierung dem Reichstage vorgelegt worden. Der Entwurf wird sicherlich noch einiger Änderungen unterzogen werden müssen. Jedenfalls bildet er einen noch nicht demgemäßen Eingriff und wird unsere gesamte Wirtschaft schwer in Mitleidenhaftigkeit ziehen. Deshalb muß das Gesetz in gehalten sein, daß es frei von Härten bleibt. Eine solche Härte erblicken wir in der einmaligen Zahlung des Betrages. Die große politische Aufgabe ist über die Pariser Verhandlungen wird im Laufe der kommenden Woche erfolgen. Mehr als hierbei hat die Regierung Erwünschte bei der Beratung der Getreideumlage zu erwarten. Hierfür ist bis jetzt noch keine feste Weisheit gefunden worden. Auch wir Demokraten, die wir die Zwangswirtschaft nicht fortsetzen wollen, halten ohne jede Reserve an Getreide eine Sicherstellung der Brotversorgung nicht für möglich. Nach unserer Meinung muß aber die Ausbringung des Getreides anders als bisher vorgenommen werden; die kleinen Besitzer sind ganz freizulassen. Ebenso ist natürlich ein anderer Ablieferungspreis festzusetzen. Es wäre zu wünschen, wenn bei dieser rein wirtschaftlichen Frage die politische Ausbeutung unterbleibe. Leider hat der Landbund schon seit Monaten nicht danach verfahren. Die Landwirte sind in eine Stimmung hineingebildet worden, die die Agitation der anderen Seite nur noch verstärken würde. Wenn jetzt noch keine feste Weisheit auf einer für Grundbesitzer und Verbraucher unerschütterlichen Grundlage liegt, sind schwere innere Gefahren unermesslich.

Im Zuge der Kämpfe ist ein Preisbruch gefestigt worden. Eine Kritik an diesem Urteil soll nicht geübt werden, nur kann man bedauern, daß die wirtschaftlichen Mächtigungen, unterführt von reichen Geldgebern, der Gerechtigkeit entgegen stehen.

Der Sonnabend war ein Trauertag für unser Vaterland. Oberst Effen ging in seinem wertvollsten Teile verloren. Die Rundgebung der Regierung ist allen national empfindenden Deutschen wohl. Die Trennung kann keine dauernde sein. Recht und Gerechtigkeit müssen allen Bestimmungen weichen. Wenn jetzt noch keine feste Weisheit auf einer für Grundbesitzer und Verbraucher unerschütterlichen Grundlage liegt, sind schwere innere Gefahren unermesslich.

Noch immer Königsberg.

Banbia. Berlin, 19. Juni.

Die Beratung des Haushalts des Innern wird fortgesetzt. Abg. A. König (Komm.): In einzelnen Regierungsabteilungen, so in Karlsruhe, wird gegen die Staatsregierung offene Opposition gemacht. Trotz der Wohnungsnot wird die Verteilung von Wohnhäusern abfällig verlangmt. Die Kreisblätter verhöhnen die Regierung und beschimpfen sie. Würde man ihnen die amtlichen Intimate entziehen, so würden diese Organe gleich erledigt sein. Die kommunalistischen Arbeiter spielen auf die Republik, die nicht einmal kommunalistische unbedeutende Stadträte bestreitet.

Abg. Solzmann (Wirtschaftspartei): Mit einer Veränderung der Arbeiterbelohnung sind wir Handwerker dadurch einverstanden, daß ihnen die wahren Arbeiter erlosch werden. Von Ausnahmefällen verstanden wir uns nichts. Es erreichen meist das Entgegengesetzte, von dem, was gewollt wird. Der Schwindel bei der Preiserhöhung für sogenannte „neue Lieferungen“ muß aufhören. Die Vorgänge in Königsberg haben gezeigt, daß man sich auf beiden Seiten, rechts wie links Reserve auferlegen muß. Wir brauchen Ruhe.

Abg. Stieler (L.): Wir leben mit Besorgnis den nächsten Wochen entgegen. Zu parteipolitischen Zwecken darf unsere Not nicht ausgenutzt werden. Es ist richtig, daß weder die Staatsform noch die Regierung schuld ist an unserem Unglück. Das kommt auf das Konto des verlorenen Krieges. Die Autorität der Regierung läßt sich auf, wenn man Bestimmungen radikaler Abgesandter zuläßt, wenn man Minister Ernennung ungläubig öffentlich als der größte Schande bescheiden läßt, der jemals in der Regierung gewesen ist. Die Beamten müssen das Berechtigungsrecht behalten. Es darf aber nicht zu Angriffen auf die Regierung mißbraucht werden. Das gilt auch besonders für die Schulpolitik.

Abg. Stiefen (D.): Ich halte, daß bei der Sündenbühnenfeier auf Seiten der Verantwortlichen nichts Privatordentliches zu finden gewesen ist. Die „rote Fahne“ und andere Organe dieser Richtung hatten die Massen aufgepuscht und auch die Gewerkschaften seien nicht frei von Schuld. Die kürzlich Genendemonstrationen hätten nicht getätigt werden dürfen.

Minister Espering berichtet, daß die Presse der Linken allein Schuld an den Vorfällen in Euphraten gemein sei. Er habe sofort Befehle gegen die Paraden der Arbeiter und Militärereignisse gehabt und auch beim Polizeipräsidenten die Studenten die Anordnungen mit dem Polizeipräsidenten nicht ausgeführt. Es seien aber weder dem Oberpräsidenten noch dem Regierungspräsidenten bei dem Empfang irgendwelche Beschränkungen auferlegt worden. Als wir erziehen, von dem Gesamttransport landwirtschaftlicher Arbeiter gegen ihren Willen und davon, daß die Parade militärischen Charakter annehme, müßte ich eingreifen und die Behörden anweisen, sich mit diesen Veranstaltungen nicht zu identifizieren. Das richtet sich nicht gegen den Generalfeldmarschall. Die Schuld tragen diejenigen, die es nicht verstanden, die Sündenbühnenfeier zu verhindern. Abg. Barthold (Cent.) erteilt. Ein solches Recht soll an Sündenbühnen aus Dankbarkeit zugewiesen, hält es aber für ein Zeichen wahrer nationaler Gesinnung, weise Maßregeln zu beschließen.

Abg. Dr. Drandorf (Dn.) wendet sich gegen die Unterminierung der Disziplin bei der Schulpolitik, namentlich gegen die Propaganda des Schabbeschens. Minister Espering betont demgegenüber, daß die Disziplin wesentlich besser geworden sei. Jedenfalls wird die Korruption bei der Stellenbesetzung unter dem alten Regime ungleich größer als heute. Mit einer Opposition, wie sie aus der deutschnationalen Presse spreche, wisse er nichts anzufangen.

Der Sausalt der Schulpolitik wird an den Hauptsausschuss überföhrt.

In der Spezialdebatte verlangen die Unabhängigen und Kommunisten die Abschaffung des Staatsrats, während Abg.

Dr. v. Rries sich dagegen ausspricht und einen Befehlenden Sausalt für den Staatsrat fordert.

Reichstag und Getreideumlage.

Im Reichstag begann die Aussprache über die viel umstrittene Getreideumlage. Den Reigen der Redner eröffnete der Mehrheitsfraktion Kräftig, der, um der Konzentration der Reden weiter ins den Wind aus dem Segel zu nehmen, mit den Deutschnationalen und den Agrariern ziemlich unbedeutend gegen die Umlage ein öffentliches Standbild sei, der aus ihrer Proklamation herausgehoben wurde. Er verlangte namens seiner Partei die niedrigste mögliche Durchführung der Getreideumlage und zwar in der von seiner Fraktion immer geforderten Höhe von 4 1/2 Millionen Tonnen durch die 2 1/2 Millionen Tonnen der Regierungsvorlage. Im Gegenlicht der sozialdemokratischen Sprecher, der sich ganz unangenehm zeigte, stimmte der Redner der Deutschnationalen Abg. Dr. Köstler sein Vändoger zu seinen Freunden abzüglich und schloß auf einen Nebenpunkt der Verhandlung ab. Man müsse die ganze Frage überhaupt nicht mit dem Blick auf den einzelnen Landwirt behandeln, sondern allein vom Standpunkt des allgemeinen wirtschaftlichen Interesses, und das müsse man doch sagen, daß die Landwirte alles mögliche getan hätten, indem sie vorzögen, eine Getreideumlage in Höhe von 2 Millionen Tonnen durch die Landwirtschaft im Einvernehmen mit dem Handel bereitzustellen. Einige Spannung erregte nach Wölsche der Unabhängigen Horn, indem von ihm abhingt nicht zu vernennen war, wie seine Fraktion eigentlich zur Umlage stehe, ob sie gegebenenfalls mit den Koalitionsparteien mitgehen wolle, oder auf den nächsten Ausbruch der Krise mit dem Ziel von Neuwahlen hinarbeite. Die Erklärung des Abg. Horn ließ denn auch wirklich die letzte Sinnbilgkeit vermissen, und so muß man sich damit abfinden, daß erst die Verhandlungen im Ausschuss Klärung bringen werden, von denen Rundige behaupten, daß sie etwa ganz andere Wünsche und vielleicht noch mehr Zeit erfordern werden. Ueberhaupt sieht man bezüglich der Dauer der Tagung des Reichstages erhebliche Schwärze. Es gibt unterirdische Leute, die wünschen, der Reichstag werde nach seiner Minderzahl die Verhandlungen erneut aufnehmen und bis Mitte Juli fortsetzen. Die erste Lesung sollte gelten noch zu Ende gebracht werden. Je weiter die Sitzung jedoch fortschritt, desto mehr schwand diese Hoffnung dahin. Man hat ja auch heute noch Zeit, sie zu beenden, da ja doch erst morgen die große politische Aussprache beginnen soll.

Berlin, 19. Juni.

Der Antrag aller Parteien auf Sicherstellung derjenigen Sachen, die aus Anlaß der Abstimmung Oberbefehlens aus öffentlichen Mitteln zur Oberbefehlens geschickt worden sind, wird vorbehaltlos in allen drei Lesungen angenommen. Dann folgt die Getreideumlage, offiziell erste Beratung des Gesetzentwurfes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922.

Abg. Kräftig (Soj.): Die landwirtschaftlichen Organisationen wollen keine Getreideumlage. Sie wollen die Aufrechterhaltung des reinen Landbunds geleiteten privaten Getreidemonopols im Interesse der Agrarier. Für den Reichstag kann es keinen Zweifel geben, daß es sich auf die Seite des arbeitenden Volkes und nicht auf die Seite der profitgierigen Agrarier zu stellen hat. Würde es nach dem Landbund gehen, dann würde

das Brot zum Weltmarktpreis von 50 Mark

verkauft werden, und die Arbeiter mit großer Familien würden buchstäblich verhungern müssen. Zudem kann der Landbund keine Gewähr für ausreichende Brotversorgung geben, denn er hat seine Mitglieder nicht in der Hand. Wir sind bereit, über die von der Vorlage freigelegenen fünf Hektar hundert Güter mit weniger als zehn Hektar von der Umlage freizulassen. Das Volk wird sich eine weitere Brotversorgung nicht gefallen lassen. Kommt zu der drohenden Arbeitslosigkeit noch die Hungersnot, dann haben wir den Zusammenbruch, denn in dem Verhungern kommt die Bürgerkrieg. Redner beantragt Festsetzung der Umlage statt auf 2 1/2 auf 4 1/2 Millionen Tonnen.

Abg. Dr. Koestler (Dn.): Die Kriegserfahrungen haben gezeigt, daß man mit der Zwangswirtschaft niemals die Produktion steigern kann. Weite Kreise des deutschen Volkes können schon heute tatsächlich das Brot nicht mehr bezahlen. Ihnen muß geholfen werden, aber nicht dadurch, daß man die Landwirtschaft bluten läßt. Mit der Umlage wird das Brot nicht verbilligt. Die Regierung muß andere Mittel aufsuchen, um der minderbemittelten Bevölkerung das Brot zu sichern. Unter dem Zwang der Umlage kann der Landwirt nicht die Mittel zur Produktionssteigerung aufwenden, er beschuldigenhet. Die Regierung gibt selber zu, daß die bisherige Verteilungsart ungesund war, aber auch die jetzige Verteilung bringt keine gerechte Verteilung. Die Umlage ist somit

eine verschleierte Steuer.

die die Regierung der Landwirtschaft auferlegt, weil sie nicht den Mut hat, der Entente zu sagen, daß die Bevölkerung verhungern muß, wenn die Regierung nicht aus Reichsmitteln das Brot verbilligen darf. Zudem ist die Vorlage praktisch nicht durchführbar und wird niemals die errechnete Getreidemenge aufbringen können. Unseren Vorschlag, mit dem Handel zusammen eine Getreidequote von 2 Millionen Tonnen für die minderbemittelte Bevölkerung zur Verfügung zu stellen, lehnte die Regierung beiderseitig ab. Wir lehnen die Vorlage ab und überlassen die Verantwortung denen, die die deutsche Wirtschaft so unerhört gefährdet haben.

Abg. Horn (USP), verlangt von der Regierung Schutz gegen den Brotwucher, der seit Aufhebung der Zwangswirtschaft immer frecher auftritt. Die Richtlinien des Landbundes, in denen zur Subvention der Umlage aufgeföhrt werde, die offene Kriegserklärung präventiver Agrarier gegen Volk und Regierung. Redner stimmt der Vorlage zu, die das Mindestmaß der Forderungen sei.

Weiterberatung morgen 11 Uhr vormittags.

Auswahlung der Krisenkommission?

Im Anknüpfung an die heutige Reichstagsitzung wird uns auf unsere telephonische Anfrage von einem sitzenden Parlamentarier mitgeteilt, daß der vorberichtigte Einbruch in den Kreisen der Regierung wie der Parteien der ist: Die Gefahr einer Reichstagsauflösung scheint nicht mehr so nah wie noch. Die Verhandlungen

gehen weiter, um mit dem Standpunkt der Regierung in der Getreideumlage eine Weisheit zu gewinnen. Die Entscheidung wird bei den Unabhängigen liegen, die schon innerhalb der Koalitionsvorlesungen einige Zugeständnisse gemacht haben. Die Unabhängigen verlangen eine Umlage von 4 1/2 Millionen Tonnen und sind bereit, falls ihrem Antrag entsprochen wird, die Preisfestsetzung, wie sie die Regierungsvorlage beabsichtigt, anzunehmen. Die Besetzung ihres Antrages aber wollen sie sich nur mit zweieinhalb Millionen Tonnen zufrieden geben, aber für die Preisfestsetzung lediglich die Produktionskosten gelten lassen. Das wäre allerdings nach seiner Richtung eine Grundlose für eine Verständigung. Die Verhandlungen eilen darnach fort.

47. Deutscher Gastwirtstag.

Der Gastwirtstag, 19. Juni. Die Hauptversammlung eröffnete ihren Protokoll gegen den Gesetzentwurf gegen den Alkoholismus, der geeignet sei, das reelle Gastwirtsgerber in die Wand zu drücken. Der Versuch, das Getreidegerber System in Deutschland einzuföhren, müsse als größte Gefahr angesehen werden. Schreiber-Franfurt a. M. beklagt die Notwendigkeit, den Entwurf mit anderen Interessenten überdenken zu befümpfen.

Gegen den Alkoholismus wendet sich der Gastwirtsfraktion Landesverband. Er stellt sich im Gewerbe nicht durchzuführen und man fordere „Arbeitsbereitschaft von einigen Stunden und Anerkennung als „Vereinsgewerbe“. Einige Ausdrücke zeigten die Anträge auf Konjunktionspflicht der Pensionen und Privatmitgliedschaft. Geheimrat Keller und Verbanddirektor Jaugg erklärten die Frage als geregelt durch § 33 der Gewerbeordnung. Beim gemeinsamer Verkauf stattfindet, sei der Betrieb konjunktionspflichtig. In der zweiten Hauptversammlung wurde der Antrag Berlin angenommen auf Erlass einer Kasse, die den Verkauf alkoholischer Getränke nur den konjunktionsberechtigten Schankstätten gestattet. Da sich die Erziehung von Gastwirtsarbeitern noch nicht ermöglichen lieg, soll an den Fachausschüssen bei den Handwerkskammern festgehalten werden, und es wurde eine bez. Geschäftsführung Jaugg angenommen. Der Antrag auf Aufhebung der Weisheit für weiblicher Angestellter wie gegen allgemeine Einführung einer Höckersteuer fand allseitige Zustimmung. Die Hauptversammlung sprach den neugewählten Vorständen ihr volles Vertrauen aus.

Aus aller Welt

Raubmord in der Neumark.

Ein Kassenbote überfallen und getötet.

Der seit 25 Jahren bei der Neumarker Reichsbank angestellte Kassenbote Karl Eißel sollte Sonnabend früh 20 Uhr auf dem Wege nach Hause einige Kilometer entfernten Dorf bei Pöhl auszubringen, bringen. unterwegs wurde er von mehreren Raubräubern angehalten, in die Büsche geschleppt, durch einen Schlag in den Hals getötet und das Geld betraubt. Ein Volksgeld hat sofort die Spur aufgenommen, doch hat man von den Raubräubern noch nichts ermittelt. Das Raubverbrechen und der Mordfall, in dem sich das Reichsbankverbrechen ungesühnt verübter wird, der Norddeutsche in der Woche aufzuführen. Man fand den Toten mit einem weißen Tuch um die Augen und durchgehender Halsklingelager an.

Zum Hamburger Schiffsunglück.

Die Zahl der Opfer beim Unfall des Dampfers „Waz“ ist noch immer nicht bekannt. Die Rettungsarbeiten mühen Sonntag mittag eingestellt worden, da das Schiff weiter sinkt. Der Dampfer wird erst aufgetrieben werden müssen. Nach einer anderen Meldung werden von der Zulassung vier Arbeiter und von der Firma Wrems, Schiffereinnung und Malerei neun Personen vermißt.

Der Epprechtung im Bienenschwärm. Als der Epprechtung zwischen Brighton und London dieser Tage in die Stadt von Red Hill einföhrt, geriet er in einen Bienenschwarm. Die Bienen überfielen die Passagiere und das Zugpersonal, und in wenigen Augenblicken miederholte der ganze Bahnhof von den Schreien der Gestohlenen. Die Angestellten mühten die Flucht ergreifen, und die Bienen blieben Herren des Schiffschiffes. Mit Hilfe eines Bienenschwärmers gelang es schließlich, den Schwarm zu beruhigen; der Epprechtung aber konnte Red Hill erst nach einer halbtägigen Verpöpfung verlassen.

Die Ferrari-Viermarkenversammlung unter dem Hammer. In Paris wird jetzt die vierte Versteigerung der berühmten Ferrari-Viermarkenversammlung fortgesetzt. Die Sammlung wird bekanntlich dem Berliner Reichsgemäldeverkaufer vermach, wird aber nun durch die französische Regierung verweigert, die Erträge für den Weltkrieg ausgegeben. Auch bei dieser Versteigerung kommen wieder sehr wertvolle Stücke auf den Markt, so die seltsame 2-Gerats-Klasse, deren Wert auf 200 000 Mark geschätzt wird, ferner seltene Marken aus Japan, Ost-Indien, Holland, Luxemburg, Sardinien usw. Für diese Versteigerung interessiert sich übrigens auch der als begehrtester Viermarkenfannter bekannte König von Junges Spanien.

